

Januar 2024

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.



Demo in Berlin – Unfallberichte – Rechtshinweise 2024

3

Kommentar

Bürokratie kostet Wohlstand

7

Vorstellung

Geschäftsführerin MSH

10

Rechtshinweise

Neuerungen im Jahr 2024

4

Demo in Berlin

Zusammenhalt gegen Haushalt

8

JKI-Studie

Austausch in Quedlinburg



6

Termine

Übersicht für 2024

8

DBV

Situationsbericht 2022/2023

12

#ZukunftsBauer

Übersicht und Beispiele

7

Milch-Bewertung Unfälle

Rohmilchgüterverordnung

9

SVLFG berichtet

15

Kurznachrichten

BZWW und Bürokratie

MIT

**DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Impressum

Herausgeber:
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13
39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0
Fax 0391 / 7 39 69-33
<http://www.bauernverband-st.de/>
info@bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Das Informationsheft ist ein Presseorgan des
Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion:
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für Medien, Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsschluss: 19.12.2023

Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Erik Hecht
Bilder, wenn nicht anders gekennzeichnet, durch den
Bauernverband Sachsen-Anhalt erstellt.
Ausnahmen sind:

S. 7: rogerio pritzke/Pixabay

Werte Mitglieder,
werte Landwirtinnen und Landwirte,
der Jahresanfang ist die Zeit des Aufbruchs, der neuen Ideen und Vorhaben. Nach dem Jahr 2023, das viele Veränderungen und vor allem politische und wirtschaftliche Unsicherheiten gebracht hat, wünscht sich so mancher Wirtschaftsakteur mit Sicherheit einfach mal Stabilität und die Chance zum Abarbeiten liegengebliebener Aufgaben. Das wäre ebenfalls ein Aufbruch, nur halt in Kontinuität, Verlässlichkeit und partieller Planbarkeit. Dies würden sich auch viele Mitbürger wünschen, denn auch bei diesen ist die mentale Überlastung, durch die Krisen der letzten Jahre, fast mit Händen zu greifen. Soweit zur Hoffnung und den guten Wünschen für 2024.

In der Analyse und Perspektive der politischen Arbeit auf Landes- und Bundesebene scheint ein Innehalten dagegen als kaum wahrscheinlich. Sowohl Landesregierung als auch Bundesregierung befinden sich in der Halbzeit der Legislatur und was bis heute nicht abgearbeitet wurde, an politischen Projekten und Vereinbarungen, das muss bald passieren. Das bedeutet wieder Gesetzesänderungen und neue Verordnungen im kaum mehr durchschaubaren Gesetzesdschungel. Auf dem 35. Bauernverbandstag in Staßfurt haben wir unter anderem zwei zentrale Forderungspunkte verabschiedet, bezogen auf die Landespolitik und durchaus übertragbar auf die Bundesebene:

Ein konsequenter Bürokratieabbau durch Abschaffung überflüssiger/widersprüchlicher Gesetze und Verordnungen. Neue Gesetze und Verordnungen auf Landesebene müssen mit einer Laufzeit von 5 Jahren versehen werden. Was nach Ablauf nicht erkennbar gebraucht wurde, wird nicht verlängert.

Es braucht eine massive Entschlackung der politischen Vorgaben. Regierungen sind nicht erfolgreich, wenn sie mehr Gesetze und Verordnungen erlassen. Mehr und vor allem sich widersprechende Gesetze und in der Folge mehr benötigtes Personal in öffentlichen Verwaltungen sorgen heute schon für wirtschaftliche Stagnation! Der Personalaufwuchs in der öffentlichen Verwaltung muss gestoppt werden, da er auf Dauer weder finanzierbar noch wirtschaftsfördernd ist. In Zeiten von Fachkräftemangel und Personalmangel muss es eine Konzentration auf Kernaufgaben geben und parallel ist die Digitalisierung der Landesverwaltung in einer einheitlichen Systemlandschaft auf allen Ebenen voranzubringen.

Bezogen auf die Bundesebene hat in den letzten Wochen eine Nachricht die Wahrnehmung von überbordender Bürokratie faktisch bestätigt. So hat der Normenkontrollrat die steigenden Bürokratiekosten

der Ampel-Koalition deutlich kritisiert. Der sogenannte Erfüllungsaufwand, sprich der Zeitaufwand und Kosten für neue Gesetze, ist im jüngsten Bericht auf 23,7 Milliarden Euro gestiegen, ein Zuwachs von 9,3 Milliarden Euro zum Vorjahr. Damit ist unabhängig bestätigt, was wir alle schon vermutet haben. Nur daraus folgt bisher leider wenig,

denn es ist klar, dass jede Partei weiter ihre Ziele verfolgen wird. Die Staatsquote steigt damit weiter und verhindert das Entstehen von wirtschaftlicher Prosperität unter Nutzung individueller Freiheit.

Es besteht bei vielen Betrieben und Mitbürgern der Eindruck, dass Unternehmertum und Innovation ausgebremst werden, durch ein Übermaß bürokratischer Vorgaben und Regulatorik. Gute Politik mit der dazugehörigen Verwaltung hat die primäre Aufgabe, Dienstleister gegenüber dem Bürger zu sein. Damit die Verwaltung ihrem Dienstleistungsauftrag nachkommen kann, braucht es Freiheitsgrade und Toleranzen, auch für die Mitarbeiter in der Verwaltung. Wenn schon kleinste Abweichungen den Mitarbeitern angelastet werden können, sei es von Politik, Rechnungshöfen und Medien, führt das zu der übergenauen Auslegung von Gesetzen und Verordnungen, die wir heute haben. Und auf Seiten von Betrieben und Mitbürgern ist die Befürchtung groß, dass ein vergessenes Formular oder falsch gesetztes Häkchen zu weitreichenden Sanktionen führt.

Verwaltungshandeln gegenüber handelnden Bürgern kann nicht darin bestehen, dass keine der beiden Seiten etwas tut, aus der Befürchtung heraus, versehentlich einen Fehler zu begehen. Eines der drängendsten Anliegen der Politik muss ein Paradigmenwechsel in der öffentlichen Verwaltung sein. Innovationen und wirtschaftsfördernde Entscheidungen von Unternehmen sind in dem Rahmen möglich, den Verwaltung und Politik vorgeben. Was sich alle mit dem Blick auf die Geschichte vor Augen führen sollten: Ein starker Staat hat Vertrauen in seine Bürger, ein schwacher Staat regelt das Leben bis in alle Wirtschafts- und Lebensbereiche.



Marcus Rothbart
Hauptgeschäftsführer